

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
31 (1917)**

237 (10.10.1917)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-572422](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-572422)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Porto 90 Pf., bei Selbstabholen von der Expedition 80 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,70 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 90 Pf., einschließlich Postgebühren.

Redaktion und Hauptexpedition Peterstr. 76
Bernspringshaus 55, Amt Wilhelmshaven
— Postale Klinkenstr. 24. —

Bei den Inseraten wird die 7-gelappte Zeile oder deren Raum für die Inserenten in Klüppeln, Halbfeldern und Umgebungen, sowie bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unerschütterlich. Reichsanzeige 75 Pf.

51. Jahrgang. Rüstingen, Mittwoch, den 10. Oktober 1917. Nr. 257.

Heeresberichte.

(B. L. B.) Berlin, 8. Oktober, abends. (Amtlich.) Im Westen nur an die flandrischen Front-Auerkampfs in westlicher Stärke. — Im Osten nichts von Bedeutung.

(B. L. B.) Wien, 8. Oktober. Amtlich wird verlautbart: Am Jongo lebte an zahlreichen Stellen das Artillerieregiment fürster auf. Besondere Steigerung erfuhr es auf der Hochfläche von Bainsizza-Helligen Geit. Zu Infanteriekämpfen kam es nur im Goblitz-Nachfeld, wo um Ritternacht auch Vorhänge abgewiesen wurden. — Sonst nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Arbeiterforderungen an den Reichstag.

Mit Recht ist das deutsche Organisationswesen als ein Teil seiner Kraft gefeiert worden, denen unser Vaterland seine enorme Widerstandsfähigkeit zu verdanken hat. An dieser Kraftentfaltung waren die Arbeiterorganisationen nicht zuletzt und nicht zum wenigsten beteiligt, was wiederholt von verantwortlicher Stelle im Reich in aller Öffentlichkeit anerkannt worden ist. Man kann indes nicht die Arbeiterorganisationen feiern und ihre legitimen Lebensbedingungen verdammten und mit Verfolgung bedrohen. Das ist die Arbeiterkollaboration in der ersten Hälfte des Vaterlandes bewährt, so hat sie sich damit die volle Gleichberechtigung im Staatswesen erworben. Das ist ihr auch schon wiederholt zugesagt worden. Trotzdem besteht noch heute der längst überlebte Rechtszustand, daß das Koalitionsrecht nur gebildet, seine Ausübung aber unter den verschiedensten Strafbestimmungen eingeschränkt und für ganze Berufskreise völlig in Frage gestellt wird. Seinen Wirkungen ist der Rechtsstaat entgegen; seine Verstoßter werden von Polizei, Staatsanwalt und Richter händig umlauernt.

Es ist eine der dringendsten Aufgaben des Reichstags, endlich eine Reform des Koalitionsrechts herbeizuführen. Der erste Schritt hierzu muß in der Befreiung aller derjenigen Rechts- und Strafbestimmungen bestehen, die die volle Wirksamkeit der Koalitionen hindern. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits getan. Die Gesellschaft für Soziale Reform hat im Frühjahr 1916 einen Arbeitsauschuss eingesetzt, der sich in erster Linie mit der Neuordnung des Koalitionsrechts befaßt und seine Vorschläge in einer drei Bänden umfassenden Publikation herausgegeben hat. Dem Arbeitsauschuss gehören berufene Sozialpolitiker, wie Prof. Brande, Prof. Zimmermann und Prof. v. Berlepsch, Juristen wie Rechtsanwalt Dr. Seinemann, Dr. J. Einzheimer und Assessor Wöhr, und Organisationsvertreter wie Legien, Hortmann und Gutschke an.

Dieser Ausschuss folgte das Ergebnis seiner Beratung in folgenden Leitlinien zusammen:

1. Koalitionsrecht.

1. Um das Koalitionsrecht gegen die ihm vom § 253 des Strafgesetzbuches (Erpressung) drohende Gefahr zu schützen, ist dem Vertragspartei folgender Inhalt zu geben: „Als Erpressung ist zu betrachten die Vermögensschädigung durch Anwendung eines dem Gesetz ausserordentlichen Vermögensvorsatzes zugunsten des Nötigen oder eines Dritten. Diese Nötigung muß, wenn Erpressung vorliegen soll, erfolgt sein durch diejenigen Mittel, die die überrückliche Erpressung im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches charakterisieren, oder durch die Anwendung von Handlungen, die an sich bereits gefährlich sind, oder endlich durch Erpressung mit Strafandrohung, Offenbarung von Geheimnissen, Verleihen in hiesiger Rage, oder mit einem Uebel, das außerhalb jedes verkehrsrechtlichen Zusammenhangs mit dem Entschlusse steht, zu dem der Bedrohte genötigt werden soll.“

2. Die §§ 240 (Nötigung), 241 (Verdröhung), 126 (Lanzhung) sind in der vom Reichsstrafgesetzbuch diesen Verdröhen gegebenen Haftung beizubehalten. Diese Haftungen verdienen den Vorzug vor den Vorschriften der modernen deutschen Strafgesetzbücher, die an die Stelle der freien und freien Begriffsbestimmungen des geltenden Rechts bestimmbare Kaufschuldschichten setzen. Das aber ist der schwerste Fehler, den ein Strafgesetz machen kann, und daher im Interesse der gleichmäßigen Handhabung des Gesetzes, der Rechtsicherheit der Staatsbürger, der Autorität der Rechtspflege und ihrer Träger sowie der Wirkung der Strafjustiz aufzueben zu bekämpfen.

3. Die von den modernen Strafgesetzbüchern in Verfolgung abschwächen Kriminalstrafe für die Arbeitseinstellung in den sogenannten gemeinnützigen Betrieben ist in jeder Gestalt und Form aufzuheben.

4. Der große Unfug (§ 206, 11) ist vom Gesetz zu befreien, die Definition muß in Gemäßheit der letzten Reichspräsidenten des Reichspräsidenten zum Ausdruck bringen, daß darüber Unfug nur vorliegt, wenn der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung durch unmittelbare Verletzung des Publikums gefährdet oder gefährdet wird.

*) Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland. Verlag von Walter Fricker, Jena.

5. Hinsichtlich der Verletzung des Vertragsbuches sind die geltenden reichsrechtlichen Vorschriften nicht zu ändern.

6. § 153 der Reichsgewerkschaften ist zu ändern.

7. Dem Reichsstrafgesetzbuch ist die folgende Bestimmung hinzuzufügen: „Der Arbeitgeber, welcher einen Arbeiter, sowie der Arbeiter, welcher einen Arbeitgeber durch Gewalt oder Drohung, Erpressung oder Verdröhung hindert, an Vereinigungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, deren Ziel die Verdröhung einer Änderung des Arbeitsvertrages ist, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

8. Das inmanntliche Verbot ist über das in der Reichsstrafgesetzbuch schon gegebene Maß hinaus nicht auszubehnen.

2. Strafrechtliche Neben- und Polizeigesetze.

1. Die bundesstaatlichen Vorschriften über Anzeigen, Klagen, Aufklagen, Auslegen und Verteilen von Wahlen, Wahlen, Wahlen, Bekanntmachungen, Petitionen und sonstigen Schriftstücken auf Straßen, Plätzen und sonstigen öffentlichen Orten werden aufgehoben.

2. § 90 Abs. 2 des Reichsgesetzes wird aufgehoben.

3. Rüstpflicht können auf diesem Gebiete weder durch die Landesgesetze noch durch polizeiliche Gebote oder Verbote Einschränkungen eingeführt werden.

3. Reichsvereinsgesetz.

1. Am § 1 des Vereinsgesetzes ist dem Absatz 1 hinzuzufügen: „Anschließend kommt die für öffentliche Wirtschaften eingeführte Polizeistunde für solche Versammlungen nicht in Betracht.“

2. § 13, Abs. 1 ist dahin zu ergänzen: „In andere öffentliche Versammlungen darf die Polizei keine Beschränkungen einführen.“

4. Gefährdungen.

„Sämtliche in den Landesgesetzen, besonders in den Gefährdungen und den Polizeigesetzen enthaltenen Verbote und Strafbestimmungen bezüglich der Arbeitseinstellung, des Vertragsbuches und des Ungehorsams des Gesindes, einschließlich der Vorschriften betreffend die polizeiliche Zurückführung eines Dienstpflichtigen werden aufgehoben. Neue Gesetze und Verordnungen können auf diesem Gebiete von der Landesgesetzgebung oder Polizei nicht erlassen werden.“

5. Sonderrecht der Land- und Forstarbeiter.

„Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter irgendwelcher Art wegen Verdröhung oder Vereinzeln zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Entstellung der Arbeit, werden aufgehoben.“

Ebenso werden alle landesrechtlichen Bestimmungen aufgehoben, die an Verletzungen des Dienstvertrages der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Strafe oder polizeiliche Zwangsmaßnahmen mit sich führen. Landesgesetzgebung und Polizei können auf diesem Gebiete einschränkende Bestimmungen nicht erlassen.

Die Vorschläge des Arbeitsausschusses der Gesellschaft für soziale Reform sind, wie das Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands dazu bemerkt, klar definiert und auf eingehende begründet. Sie können in kürzester Zeit vom Reichstag in eine gesetzgebende Form gebracht und dadurch der Lösung nähergeführt werden. Das Entscheidende ist längst nicht mehr die Schwierigkeit der Materie, sondern der feste und nachdrücklich geltend gemachte Wille der Vertretung des deutschen Volkes. Erkennt die Reichsregierung, daß dieser Wille vorhanden ist und sich durchzusetzen weiß, so wird sie sich in das Unvermeidliche schicken und die Hand zu einer freibleibenden Neuordnung des Koalitionsrechts bieten.

Dom Seetrag.

Eine Vorläufe des Seeadlers aufgebracht.

(L. U.) Amsterdam, 8. Oktober. Reuters meldet aus Sidon: Eine Parolade, bemann mit sechs Deutschen, ist aufgebracht worden. Das Fahrzeug lag auf der Baur nicht neben einem unentwaffneten Schiff bei den Hildis-Inseln. Die Deutschen gaben zu, daß der Düstkreuzer Seeadler sich in diesen Gewässern befindet.

Das entwichene deutsche II-Boot.

(B. L. B.) Warib, 8. Oktober. Das deutsche II-Boot 293, das in Cadix am 9. September eingelaufen und interniert worden war, ist in der letzten Nacht entwichen. Der Ministerpräsident entloh alle hohen verantwortlichen Militär- und Marineoffiziere ihrer Reuter.

Aus dem Westen.

Die Reute eines Vierteljahres an der Westfront.

(B. L. B.) Berlin, 8. Oktober. Seeben gibt die deutsche Heeresleitung die gemalten Zahlen der an ihrer Westfront gemachten Gefangenen und eingebrachten Reute für die Monate Juli bis September bekannt, aus denen klar hervorgeht, daß Hindenburg trotz der defensiven Taktik an dieser Front ungeheure Erfolge erzielt hat. In der genannten Zeit wurden von den Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht, deutscher Kronprinz und Derog

Albrecht nicht weniger als 337 Offiziere und 13 512 Mann als Gefangene eingebracht. 41 Minenwerfer und 483 Maschinengewehre fielen in deutsche Hände. Ferner wurden 4 Geschütze und 11 feindliche Flugzeuge erbeutet.

Aus dem Osten.

Republik Finnland.

(B. L. B.) Helsingfors, 7. Oktober. (Mitteilung der Petersburger Zeitungsbureau.) Folgende Gesetzentwürfe sind veröffentlicht worden: 1. Der Entwurf, die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland regelt. Beide werden einer Prüfung durch den Landtag unterzogen. Der zweite Entwurf wird über die Genehmigung der verfassunggebenden Versammlung unterworfen. Das erste Gesetz befaßt die gleichzeitige Gewalt steht dem Landtag und dem Präsidenten der Republik zu. Die Vollzugsanweisung steht dem Präsidenten unter Mitwirkung des Staatsrates zu. Es wird das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Der Präsident tritt sein Amt am 28. April an. Der Präsident führt den Oberbefehl über die finnischen Streitkräfte in Friedenszeiten. Die Fragen bezüglich der Beziehungen zur russischen Regierung werden durch den Präsidenten in Übereinstimmung mit dem Ministerialrat geregelt. Die Minister ernannt der Präsident. — Die allgemeine Wehrpflicht wird im ganzen Lande eingeführt. Die gegenwärtige Regierungsform ist das Grundgesetz, das die alte Regierungsform aufhebt. Das zweite Gesetz betr. die Beziehungen zu Rußland befaßt, Finnland bleibt mit Rußland vereinigt, hat aber eine eigene Verfassung, eine eigene Regierung und unabhängige Gesetzgebung und Vollzugsanweisungen. Die Fragen über Krieg und Frieden sind gemeinsam und verbindlich für beide Länder; sie werden geregelt gemäß dem Staatsgrundgesetz Rußlands. Verträge mit fremden Staaten werden von Rußland eingezogen, wenn dieses kein Rechte nicht an die Regierung Finnlands abtritt.

Von den türk. Kriegsschauplätzen.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

(B. L. B.) Konstantinopel, 7. Oktober. (Amtlich.) In dem Bericht vom 1. Oktober geben die Engländer an, einen Sieg bei Ramadiah am Euphrat erlangt zu haben. Wenn die Angabe auf Wahrheit beruhe, dürfte der Feind nicht die Truppen vom Euphrat nach Bagdad zurückziehen, er müßte vielmehr vorgehen. In Wirklichkeit ziehen die Engländer die Hauptmacht in Richtung Bagdad zurück.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1916.

Der ungeheure Bedarf an Menschen, den dieser Krieg erfordert, hat im Jahre 1916 einen weiteren Anstieg des Zahl der männlichen Mitglieder der Gewerkschaften verursacht. Der Erfolg, der für die zum Gewerksdienst eingezogenen Berufsarbeiter in die Betriebe eintritt, ist vielschichtig nicht allein für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Der tiefste Stand der Bewegung scheint jedoch am Ende des Jahres 1916 erreicht worden zu sein. Von da ab ist eine Zunahme der männlichen Mitglieder und damit eine Vermehrung des Gesamtmitgliedersbestandes der Gewerkschaften ein. Die der Generalkommission angehörenden 46 Zentralverbände (ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter) hatten 1916 im Jahresdurchschnitt 744 992 männliche, 180 895 weibliche, zusammen 925 887 Mitglieder. Gegen das Vorjahr ist ein Verlust von 199 166 männlichen Mitgliedern eingetreten, während sich die weiblichen Mitglieder um 8094 vermehrten, so daß ein Gesamtverlust von 190 472 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Das 4. Quartal 1916 weist mit 934 784 Mitgliedern die niedrigste Bestandshöhe auf. Mit dem Jahre 1917 geht es wieder aufwärts. Es betrug die Mitgliederzahl in diesem Jahre am Schluß des ersten Quartals 996 062 und am Schluß des zweiten Quartals 1 076 493. Das ist ein Mehr von 141 709 Mitgliedern gegenüber der Schlusszahl des Jahres 1916. Beachtenswert ist, daß an dieser Zunahme auch die männlichen Mitglieder einen erheblichen Anteil haben. Es stieg ihre Zahl während des ersten Halbjahres 1917 um 92 521, trotz des in dieser Zeit erfolgten Abgangs durch Einberufung zum Kriegsdienst. Der nach Kriegsausbruch eingetretene Anstieg an weiblichen Mitgliedern erreichte bereits am Schluß des Jahres 1916 mit 109 907 den tiefsten Stand. Im Laufe des Jahres 1916 stieg dann die Mitgliederzahl auf 197 008 und am Schluß des 2. Quartals 1917 hatten die Zentralverbände 256 196 weibliche Mitglieder, 42 179 mehr als vor Kriegsausbruch. Die seit 1916 eingetretene erfreuliche Vermehrung der Mitgliederbestandes der Gewerkschaften übersteigt die Erwartungen und berechtigt zu der Hoffnung, daß es trotz aller Schwierigkeiten weiter aufwärts mit der Gewerkschaftsbewegung gehen wird.

Die Hindernisse sind nicht gering. Schwer empfinden die Gewerkschaften den Verlust der Vertrauensleute, die in kleineren Orten die Zweigvereine in mühsamer Arbeit, ohne Entschädigung aufrechterhalten. Die dem Verlust ist wohl die Verminderung der Zahl der Zweigvereine der Verbände auszuwählen, die von 1914 bis Jahresabschluss 1916 von 11 07 auf 9888 sank, sich also um 2439 verminderte. Auch die Zahl der befristeten Gewerkschaftsbeamten ist in den drei Kriegsjahren erheblich geringer geworden. Sie ging von Mitte 1914 bis Ende 1916 von 2867 auf 1399, um reichlich die Hälfte, zurück; 1593 Angestellte wurden bis 1916 zum Berufsamt einbezogen. Wenn Einigung so vieler Kräfte ist es idiosyncrasie, den Organisationsapparat aufrechtzuerhalten. Dabei muß immer wieder betont werden, daß die Arbeitskraft der Funktionäre während des Krieges erheblich gewachsen ist. Zu der Fälligkeit für die Familien der Kriegsteilnehmern, den Arbeiten bei der Regelung der Rührungs- mittelverteilung sind die durch das Mißbilligen des Soldaten- linsugereiten. Die Lösung der Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern erfordert heute bei der Art des Verhandlungsweges oft mehr Zeit und Arbeit als in Friedenszeiten.

Die Einnahmen der Verbände sind, wie erwähnt, während des Krieges stark zurückgegangen. Sie betragen: 1913: 82 005 580 Mark, 1914: 70 871 954 Mark, 1915: 41 503 227 Mark, 1916: 34 027 248 Mark. Aber auch die Ausgaben haben sich stark vermindert. 1914 betragen sie noch 79 547 273 Mark, sie waren noch, um 4 Millionen höher als 1913, da mit Kriegs- ausbruch die Gewerkschaften erhebliche Kosten an Unterstüttungen zu tragen hatten. Wurden doch in diesem Jahre allein an Arbeitslosenunterstützung 23 718 902 Mark verausgabt. Das Jahr 1915 verzeichnet eine Ausgabe von 34 938 864 Mark und im Jahre 1916 betrug sie nur 30 074 048 Mark. Bedeutend zurück ging auch die Arbeitslosenunterstützung und zwar von 3 485 423 Mark im Vorjahr auf 1 449 133 Mark im Berichtsjahr. Dagegen stieg die Ausgabe für Krankenunterstützung von 2 425 033 Mark auf 3 661 592 Mark. Für Wohnbewegungen, Straß- und Maßwerbungen wurden 175 029 Mark, für Unterstüttung in Notfällen 303 006 Mark, für Unterstüttung an Familien von Kriegsteilnehmern 5 992 064 Mark (1915: 8 074 085 Mark), für Beiträge in Erbverträgen 1 266 799 Mark verausgabt. Obgleich die Werbungsarbeiten 1916 noch unter größeren Einschränkungen als im Vorjahr erfolgten, stieg die Ausgabe dafür von 1 225 165 Mark auf 1 248 301 Mark, was den erhöhten Druck- und Papierpreisen auszuführen ist. Der Kasseeinstand der Verbände betrug am Schluß 1916: 67 829 137 RM, darunter selbst jedoch das Vermögen des Metallarbeiterverbandes.

Gleich den Zentralverbänden haben auch die Kreis- und Landes- vereine der Gewerkschaften im Jahre 1916 einen weiteren Mitglieder- verlust erlitten. Ihre Zahl ging von 61 068 im Jahre 1915 auf 57 766 im Jahre 1916 zurück. Die Gesamteinnahme betrug 1 703 387 Mark, 146 483 Mark weniger als 1915 und die Gesamtausgabe belief sich auf 1 672 232 Mark; sie ist um 186 436 Mark höher als im Vorjahr.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften be- richtet, daß die Jahresdurchschnittsziffer des Mitgliederbestandes einen Rückgang von 1837 Mitgliedern aufweist. Am Jahres- schluß wäre jedoch eine Mitgliederzunahme von 16 482, von 162 525 auf 178 907 zu verzeichnen. Diese Zahlen werden jedoch beeinflusst durch den im Jahre 1916 erfolgten Zu- tritt von zwei weiteren Organisationen, den Verband der An- gestellten mit 357 und den Bayerischen Arbeiterverband mit 10 874 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften beliefen sich 1916 auf 3 231 432 Mark gegen 3 317 847 Mark im Vorjahr. Die Ausgaben verringerten sich von 3 505 807 Mark 1915 auf 2 901 243 Mark 1916.

Die drei Organisationsgruppen, Zentralverbände, Gewerks- vereine und christliche Gewerkschaften hatten 1916 insgesamt 1 187 933 Mitglieder gegen 1 383 582 im Jahre 1915. Der Mitgliedererlös betrug 195 629. Die Einnahmen beliefen sich auf 39 012 067 Mark, die Ausgaben auf 34 647 623 Mark. Der Kasseeinstand betrug 76 632 183 Mark. Hierbei sei, wie schon bemerkt, der Bestand des Metallarbeiterverbandes.

An der finanziellen Leistungsfähigkeit sind die Zentralver- bände den beiden anderen Organisationsrichtungen weit überlegen. Diese Tatsache drückt sich nicht nur in den numerisch größeren Einnahmen und Ausgaben aus, sondern tritt auch hervor bei dem Anteil, der auf jedes Mitglied von den Aus- gaben für Unterstüttungen entfällt. Es veranschaulicht für alle Unterstüttungswerte einzeln, der Ausgabe für Arbeitslosen die Zentralverbände 13 457 310 Mark oder pro Mitglied 14,08 Mark, die Gewerksvereine 88 060 Mark oder pro Mitglied 1,54 Mark, die christlichen Gewerkschaften 1 049 716 Mark oder pro Mitglied 5,92 Mark.

Die Gewerkschaften haben auch im dritten Kriegsjahr die Politik verfolgt, die sie bei Kriegsbeginn einschlugen. Sie läßt sich in die alte Form fassen: „Eicherung der Interessen der Arbeiterklasse“. Allerdings, Voraussetzungen und Bedingungen für die Erreichung dieses Zweckes sind andere als in Friedenszeiten. Ohne Heereverteilung kann man sagen, daß der Einfluß der Gewerkschaften im Lauf des Krieges gewachsen ist. Sie haben sich damit als eine wirtschaftliche Kraft erwiesen. Daß ihr Mitgliederbestand und ihre Einnahmen um die Hälfte ver- ringert sind, ist im Jahre vor dem Krieg, ist eine so selbstver- ständliche Erscheinung, die nicht erst erklärt zu werden braucht. Die Prüfung der Ergebnisse der Statistik zeigt, daß die Gewerkschaften nach dreijähriger Kriegsbau ihre Aufgaben genau so zu erfüllen vermögen, wie zu Kriegsbeginn.

Politische Rundschau.

Nürtingen, 9. Oktober.

Seiferichtsrichte.

Die Reichstagsitzung am Montag war nur von ganz kurzer Dauer. Bereits am Sonntag hatte sich die Reichs- tagmehrheit dahin verständigt, den auf der Tagesordnung der Montagssitzung stehenden Richtsatz, der das Gehalt für den Richter entfällt, nochmals im Ausschuss zu be- raten. Dr. Heiser, der am Sonntag selbst das Fehlen des Vertrauens der Mehrheit zu einer Person konstatierte, un- bedingt wiederholen muß, nachdem aber wollte sich die Reichstagsmehrheit, bevor sie der Richter neue 3 Mil- lionen Gehaltsanforderungen bewilligt, erst vergewissern, daß nicht Reichsmittel zur Förderung einer Propaganda im Feere und in der Heimat verwendet werden, die zu dem Friedensprogramm der Reichstagsmehrheit, dem sich ja auch die Reichsregierung angeschlossen hat, im schroffen Gegen- satz steht.

In der Plenarsitzung am Montag protestierten die Red- ner der Konservativen und der Deutschen Fraktion zwar gegen die Rückverweisung der beiden Vorlagen an den Hauptauschuss, aber die Mehrheit hielt an ihrer Ansicht fest

und so vertagte sich das Haus alsbald auf Dienstag 10 Uhr vormittags, um dann zunächst die Debatte vom Sonnabend fortzusetzen und darauf über die auswertige Politik zu ver- handeln.

Angesehen beriet der Hauptauschuss des Reichstages gestern über die beiden ihm vom Plenum wieder über- wiesenen Vorlagen. Die Sitzung begann mit einer Rede des Kanzlers, in der er die Parteien befragte, doch mit dem Streite nicht fortzuführen, aber seine heftigsten Er- klärungen über die Stellung der Reichstagsparteien gegen die Reichstagsparteien gab. Die Redner der Reichstagsparteien hoben das auch sofort hervor und überließen erneut ihre Forderungen in Sachen der Vaterlandsparlei und im Anschluß daran auch über Herrn Heiser. Schließlich beauftragte sich der Reichstagsrat zur Abgabe folgender Erklärung:

„Das im Feere keine politische Kollision, auch nicht durch Kollisionsverheit, getrieben werden soll, das habe ich im Ver- ein mit dem Herrn Kriegsminister ausgesprochen. Das Ver- sammlungen nicht bestehen werden sollen aus dem Grunde, weil sie sich mit der Begründung und Fortsetzung der Reichs- tagresolutions befähigen, das habe ich treffen wollen durch die Worte: ich werde allen Richtungen und Strömungen mit voller Objektivität gegenüberstehen. Was die heimliche Kollision betrifft, auf die nun mit einem Male bezichtigt werden soll, so bin ich nicht in der Lage, hierüber heute eine Erklärung abzugeben. Das ist eine Sache, die be- züglich vorher, die ich eine bezügliche Erklärung abgeben, mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung setzen muß. Ueber die Jenfurter wird ja noch an anderer Stelle gesprochen, so daß die Sache im Zusammenhang mit den übrigen Erklärungen, die auf dem Gebiete der Jenfur abge- geben werden müssen, erledigt werden kann.“

Nach Ablehnung einer Resolution Debour wurden Richtsatz und Besoldungsgelei unverändert wie in der zweiten Lesung gegen die Stimmen der Sozial- demokraten angenommen.

Deutschland muß leben!

Unfreunde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner müde werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„D u r c h!“

Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Zungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

Peru und Uruguay brechen die diplomatischen Bezie- hungen zu Deutschland ab. Agence Haas meldet aus Lima: „Der Kongreß von Peru beschloß mit 105 gegen 6 Stimmen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland.“ — Dieselbe Telegraphenagentur meldet aus Montevideo: „Die Kammer nahm mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland an. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen.“ — Ferner wird offiziell aus Berlin berichtet: „Infolge der Spannung der deutsch-peruanischen Beziehungen hat der Militärattache der diesigen peruanischen Gesandtschaft, Hauptmann Guerrero, telegraphisch um seine Abholung gebeten.“ — Der Zweck der Abholung ist der Schiffs- räum zu gunsten der Entente; denn auch in den Häfen der beiden amerikanischen Zwergrepubliken liegen eine Anzahl deutscher Handelschiffe.

Lokales.

Nürtingen, 9. Oktober

Kriegerheimstätten.

Vom hiesigen Kriegerheimstättenverein wird uns ge- schrieben: Die Kriegerheimstättenbewegung hat nunmehr auch in den Jodelstätten festen Fuß gefaßt. Der Krieger- heimstättenverein hat bereits über 45 000 Mark an Beiträgen gesammelt und täglich noch neue ein. Sie können freilich auch nicht groß genug sein für die großen Aufgaben, die er sich gestellt hat. Die Mitgliederzahl wächst auch lang- sam aber stetig. Der Damold-Beitrag hat vielen die Augen geöffnet über das, was notwendig ist. Die Grün- dung der vom Verein angeregten Baugesellschaft ist nun ge- scheitert, nachdem die Stadt Nürtingen 100 000 Mark als Gesellschaftskapital hierfür bewilligt hat. 50 000 Mark gibt der Verein selbst. 100 000 Mark hat die oldenburgische Re- gierung vordem bereitigt der Zustimmung des Landtages, an der nicht zu zweifeln ist, in Aussicht gestellt. Der Werk- wohl- fahrts-Verein beteiligte sich mit 10 000 Mark daran und eine

Anzahl anderer Behörden und verschiedene Privatpersonen haben einzelne Anteile von 1000 Mark geschenkt. Damit ist ein Gesellschaftskapital von wenigstens 300 000 Mark ge- sichert, mehrschichtig werden es noch mehr. In der Vor- aussetzung, daß die Heimstätten bis 90 Prozent aus öffent- lichen Fonds bestehen werden, lassen sich damit 400 bis 450 Heimstätten errichten. Gehaut werden sollen Fin- bis Drei- familienhäuser mit Garten für jede Wohnung von mindes- tens 200 Quadratmeter Fläche in erster Linie als Erwerbs- häuser mit den nötigen Beschränkungen, um der Spekulation vorzubeugen.

Der Oldenburgische Hauptverein hat seine Samm- lungen bereits auf über 120 000 Mark gebracht (ohne Nürtingen- Wilmshöfen). Zahlreiche Unterstüttungen sind bereits zur Erwerbung oder Sicherung von Heimstätten ge- währt worden. Auch der hiesige Verein konnte für sich das erste Darlehen zum Erwerb einer Wirtschaftseigentüme in den Moorcolonien einen Seewehrmann in Aussicht stellen, der vom Lande stammend als Familienvater mit 7 Kindern wieder zurück zum Lande will — Fälle, wie sie jetzt immer häufiger werden.

Auch im übrigen Deutschland wächst die Kriegerheim- stättenbewegung von Tag zu Tag. Überall entstehen neue Vereine und Bausenkschaften. Von unseren regierenden Herrin bis hinunter zum einfachen Arbeiter schließt sich alles zusammen, um der gemeinsamen Sache zu dienen. Dringend notwendig wird es so ziemlich überall sein, für neue und gesunde Wohnungen zu sorgen, durch den Warten- bau und die Heimstättung die Lebenshaltung der milder- bemittelten Kreise zu erleichtern und dem Vaterland ein neues Gesicht zu geben und Geist zu schaffen.

Alle da, noch fernstehenden aber mögen sich recht bald der großen Bewegung anschließen. Jeder Beitrag, auch der kleinste, ist willkommen. Anmeldungen zum Kriegerheim- stättenverein und Markwurf darüber jederzeit bei den Herren Oberschub, Nürtingen, Ulmenstraße 14 und Rinde, Wilmshöfen, Reichstraße 14.

Der Magistrat und Gemeindefrat hielten gestern abend um 8 Uhr eine kurze gemeinsame Sitzung ab. Die beiden Körper- schaften beschloßen einstimmig, den Stadtmagistrat zu ermäch- tigen, bis zu zwei Millionen Mark Anleihen zu geschweigen. — Am Anschlag daran wurde der normalste Scherz auf der hiesigen Kundstelle am Sonnabend und Sonntag einer heftigen Kritik unterzogen. Alteser Dr. Kellerschiff erklärte im Namen des Magistrats die Kritik für bedenklich. Die Un- tragfähigkeit seien aufgrund eines Feuers in der Befehl- mung eingetreten. Die Sache sei außerordentlich bedauerlich, aber leider nicht mehr zu ändern. Vom Stadtrat wurde über- haupt bemängelt, daß das kleine Quantum Weisheit auf diese Weise zum Verkauf gebracht worden ist. Es hätte genügt, diesen Koffel in der üblichen Weise in den Verkehr zu bringen; dann wären die Untragfähigkeiten unterblieben. — Schließlich wird noch die Ueberlastung der Hauptstraßen mit schwerem Fuhrwerk bemängelt. Es soll verucht werden, dem Uebelstand abzuhelfen. — St. M. Steder bringt die late Dientausstellung des Strohhalmverordnungs zur Sprache und dattet um eneragische Vor- stellungen bei der Direktion, um dies. Wilmshöfen zu beilegen. Das wird unterstütt von den St. M. S. Müller und W. d. n. l.

Kriegsanleihe-Kaufstellen. Die von der Stadt in den drei Rathhäusern eingerichteten Kriegsanleihe-Kaufstellen (siehe auch die heutige Bekanntmachung) erfreuen sich eines sehr regen Zuspruchs. Läßt doch die neue Art der Kriegsanleihe-Ausgabe mandern, der gern zeichnen und so zu Deutschlands Sieg beitragen möchte, im Zweifel, welcher Zeichnungsweg für ihn der beste ist. Wir empfehlen auch unseren Lesern, von der Einrichtung lebhaften Gebrauch zu machen, da hier in den Kaufstellen wirklich sachkundige und kostenfreie Kaufstellen erteilt wird.

Weibliche Arbeitskräfte für die Munitionsindustrie. Man schreibt uns: „Die vor kurzen von dieser Stelle aus gegebene Anregung zur Anwerbung weiblicher Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie noch auswärts ist erfreulicherweise nicht ohne Erfolg geblieben. Eine große Anzahl Arbeiterinnen konnte bereits von hier in mehreren Transporten einer Munitionsfabrik im Rheinland zugewiesen werden. Immer wieder gehen neue Meldungen ein. Der nächste Transport geht am Montag den 15. d. Mts. ein weiterer voraussichtlich in den ersten Novembertagen ab. Anmeldungen hierzu werden gern berücksichtigt. Der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften in der Rheinischen Rüstungsindustrie ist ein riesiger. Die von hier zugewiesenen Arbeiterinnen werden im Gesamtmaßwerk einer Munitionsfabrik nahe Köln untergebracht. Der Mindestlohn ist mit 40 RM. wöchentlich garantiert, was bei entsprechenden Leistungen Lohn zu Lohn und Ueber- stunden zu kommen. Unterkunft und Verpflegung wird auf Wunsch in den Wohnheimen und Verpflegungs für 1,70 Mark für der Tag gewährt. Die Kosten für die Hin- und Rückreise (3. Klasse) trägt die Fabrik, sie werden von hier vor- geschossen. An reich bebauten Wege solche Rüstungsarbeiterinnen dem Vaterlande dienen, braucht wohl nicht näher beleuchtet zu werden. An alle beschäftigungslosen und im zeitigen Beruf entbehrlichen oder oberschmlichen Weibchen und Frauen geht erneut der dringende Ruf, ihre Kräfte dem Vaterland zur Verfügung zu stellen und sich für die Rüstungsindustrie anwerben zu lassen. In der Tat ist zurzeit am Orte nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeit für weibliche Kräfte gegeben, so daß auswärtige Arbeitsgelegenheiten aufzuweisen werden müssen. Zweck dieser Anregung ist nicht, die am Orte bereits im Hilfsdienst tätigen Personen herauszureißen. Wer am Orte nützliche Arbeit tut, er sollte ja selbsthalten und nicht wechseln. Ueber alle nähere erteilt die Hilfsdienststelle beim Arbeitsnachweis für die Stadt Nürtingen und das angrenzende Wirtschaftsgebiet im Rathaus Wilmshöfenstraße 63 / bereitwillig Auskunft. Fern- sprache 79 und 1165.“

Der Konsum- und Sparverein für Nürtingen und Umgegend hielt am Sonntag den 7. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Lokale Adolphsches Geschäftshaus, seinen 10. Geburtstag und Bestands- reise fest. Der Verein hat seit seiner Gründung, im Jahre 1904, ein sehr gutes Ergebnis des letzten Geschäftsjahres zum Trotz der Fortdauer des Krieges als in günstiges besichtigt werden. Der Umsatz betrug 5 225 061,84 Mark gegen 5 133 078,00 Mark im Vorjahr; der Reingewinn 95 017,36 Mark. Die Bilanz schloß mit 1 150 683,51 Mark, im Vorjahr mit 1 065 016,18 Mark ab. Der Mitgliederzuwachs war ein ganz außerordentlicher, wie er seit dem Bestehen noch nicht zu verzeichnen war, er betrug 0241. Am Schluß des Geschäftsjahres waren 15 801 Mitglieder vorhanden. Die Schmeichelei der Botschaftsbeförderung hat sich im letzten Geschäftsjahre noch weiter gezeitigt und fand fast sämt- liche Artikel der Nationalisierung unterworfen. Wenn auch die Zu- teilung der nationalisierten Lebensmittel in Nürtingen eine

rechte gemacht ist, so läßt sich dieses in den anderen Staaten, in denen der Verein Verkaufsstellen unterhält, leider nicht sagen. Wie auch in Württemberg sind viele der nun eingetragenen Mitglieder der dortigen Vertriebsstelle nicht bekannt, doch ist möglichst alle der Bedürfnisse durch die Genossenschaft bedien werden und nicht nur die Kräfte, welche billiger zu haben sind. Durch die Vertriebsstelle des Rohwollens und Spinnereis ist anerkanntermaßen ein noch schmelzeres Steigen der Preise verhindert worden. So sind eine ganze Anzahl Artikel zu vergleichen, auf welche trotzdem noch eine Aufschlagung gemacht wird, die durch den Preis resp. unter dem Marktpreis verkauft werden. Das Schlußwort an die Genossenschaft ist in den in der Rücksicht auf den erzielten Nutzen vorliegt worden. Der Nutzen ist auf das moderne ausgefallen. Leider ist die Befähigung auch dieser Waren äußerst schwierig, gibt es doch 3. 1. nur 2 Procent der früheren Menge. An Schuhwaren mit Golschleifen ist noch ein reichliches Lager vorhanden. — Die Preise sind durch das Beizstellenverbot eine bedeutende Steigerung in der Produktion zu verzeichnen. Der Umsatz betrug 1890/91 Mark. Es hat sich die Errichtung eines Anbauwesens sowie die Beschaffung eines neuen Doppelausstoßes notwendig gemacht. — Die Milchindustrie in unfernen Molkereien betrug 2 367 827 Kilogramm. In Anbetracht der ständig steigenden Milchpreise sowie infolge folgerichtiger Verbesserungen an Gebäuden und Maschinen ist der Gewinn ein äußerst möglicher. Der Aufschwung der Zinnindustrie und Eisenfabrik hat die dazu gehörigen Leistungen übertraffen. Der hohe Preis für Zinnausfuhren sowie der mögliche Preis für die fertige Ware hat auch hier zu einem hohen Gewinn geführt. — Der Rohwollensmarkt hat im letzten Geschäftsjahre 134 876,28 Mark, eine Steigerung gegen das Vorjahr um 30 000 Mark. Da der Verein die Rohwollens durchschüttelt um 30—40 Pf. pro Zentner billiger als die festgesetzten Preise abgeben hat, so ist ein Steigen der Preise in dem Maße, wie in vielen anderen Fällen zu verzeichnen ist, verhindert worden. — Die Exportation in den letzten Jahren hat sich auf 455 588,25 Mark gegen 338 014,82 Mark im Vorjahre. Den Rückgang wurde uns, Herr Geleit, doch das Stärken der Kapitalkraft die Vorbereitung für die Entlohnung der Genossenschaft ist. Hierbei kommt nicht nur der eigene Verein in Frage, sondern auch die Genossenschaftsgesellschaft deutscher Konsumvereine, um ihre neuen Projekte in der Eigenproduktion verwirklichen zu können. — Die Verhältnisse der Produktion, die bei ihrer Ermüdung nach einer Zeit auf technische und unternehmerische Tätigkeit angewiesen ist, hat unter dem Preise naturgemäß gelitten. Es gingen ein an Anträge für die Volksschule 158, für die Feuerversicherung 50. — Der gesamte Personalbestand setzte sich zusammen aus 147 Personen. Der gezahlte Lohnbetrag betrug 150 030,90 Mark. Die Ausgaben für die soziale Beförderung sowie eigene Unterhaltungsanordnungen nebst Kosten für gereinigte Betten betragen 20 024,13 Mark. Im Jahre fanden am Schluß des Geschäftsjahres 21 Personen. Wie in früheren Kriegsjahren hat der Verein auch im letzten Jahre diesen ihm schwerer Last noch Kräfte tragen helfen. Nachdem nun bekannt, daß die nötigen Abschreibungen und Rücklagen vorgenommen, wurde der Reingewinn durch Verlust wie folgt verteilt: 4 Proz. Rückvergütung 90 129,60 Mark, Personalunterstützungsfonds 700 Mark, Bildungsfonds 1000 Mark, Geschäftserweiterung 3167,76 Mark. Zinsen vorliegenden Antrag zur Bewilligung der ersten beiden Mittel für den Zweck zum Nutzen von Arbeitermitteln wurde zugestimmt. — Bei der erforderlichen Wahlen zum Ausschusse wurden Frau Wucherl und Herr Behne wiedergewählt, sowie für das ausstehende Mitglied Herr Herr Julius Meyer neugewählt. — Der Vorstand des Verbandes norddeutscher Konsumvereine Ferdinand Viech aus Hamburg referierte über die Errichtung eines Rohwollens, nach dem Vorbilde der Genossenschaft Produktion in Hamburg. Seinen längeren Ausführungen wurde mit Interesse gefolgt und die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit allgemein anerkannt und infolgedessen einstimmig beschlossen. Der Rohwollens soll durch die Rückvergütung angelehnt werden und 100 Mark betragen. Es wurde eine diesbezügliche Statutenänderung vorgenommen. Weiter die Handhabung soll eine Rohwollensordnung ausgearbeitet werden.

Im Hinblick auf die Tätigkeit der Goldankaufsstellen ist mehrfach bemängelt worden, daß die Reichsbank einseitig die mit einem Opfer verbundene Vergabe von Goldlöden von der Bevölkerung verlangte, und andererseits nach wie vor Gold zur Herstellung schwerer edler Goldwaren für den Inlandsbedarf abgab, die alsdann von den im Kriege zu Wohlstand gelangten Kreisen gern gekauft würden. Diese Bemerkung geht sehr. Die Reichsbank hat für solche Zwecke schon seit Jahr und Tag Rohgold nicht mehr zur Verfügung gestellt. Allerdings hat sie um diejenigen Goldwarenhersteller, welche zunächst außerhalb waren zur Herstellung von Kriegsmaterial überzugehen, vor dem Erliegen und die beteiligte Arbeiterkraft — allein in Pommern kamen 5000 Arbeiter in Betracht — vor dem Protzloswerden zu bewahren, in geringem Umfange noch Gold zur Anfertigung von ganz leichten Goldwaren abzugeben, die einen Kriegsgewinnnehmer für den Erwerb anzureizen vermögen. Nachdem es indes nunmehr gelungen ist, den größten Teil der beteiligten Arbeiterkraft in andere Industrien überzuführen, sind die Gründe für die Lieferung fortgefallen, und die Reichsbank hat deshalb nunmehr auch die Abgabe von Gold zur Herstellung leichter edler Goldwaren, einschließlich der Touringie, eingestellt. Gold wird demnach zur Herstellung edler Goldlöden für den Inlandsbedarf von der Reichsbank überhaupt nicht mehr abgegeben. Wenn hierbei des öfteren auf die angeblich noch immer reich gefüllten Lager und Auslagen der Juweliers- und Goldwarenhändler hingewiesen wird, so sei bemerkt, daß es sich dabei vielfach um eine Sinnestäuschung handelt, da der Laie edle Goldlöden von dubiosierten Stücken nicht zu unterscheiden vermag. Soweit in Einzelfällen tatsächlich noch schwere edle Goldlöden feilgeboten werden, sind sie aus solchen Golde hergestellt, welches die Goldwarenfabriken, um sich Erlös für das von der Reichsbank ihnen verweigerte Gold zu beschaffen, in der Form von Altsold dadurch an sich zu ziehen vermocht hatten, daß sie für das Altsold immer höhere, den normalen Preis für Gold weit übersteigende Preise bezahlten. Nachdem auch diese Quelle durch die Verordnung des Bundesrats vom 8. Februar d. J., welche einen Höchstpreis für Altsold im Betrage von 2700 Mark für ein Kilogramm Feingold festsetzt, verstopft ist, kann von einer irgendwie ins Gewicht fallenden Neubereitstellung edler Goldlöden für den Inlandsbedarf überhaupt nicht mehr die Rede sein. Bei jeder Gelegenheit soll abermals nachdrücklich betont werden, daß die an die Goldankaufsstellen abgegebenen Goldlöden — abgesehen von dem unten behandelten Falle — ausnahmslos eingeschmolzen und in Barrenform den Beständen der Reichsbank zugeführt werden. Das immer noch umlaufende Gerücht, daß von den Goldankaufsstellen angekaufte Goldlöden weiterverkauft worden seien, beruht widersinnlich — und wie in Einzelfällen auch tatsächlich festgestellt werden konnte — auf einer Verwechslung der Goldankaufsstellen mit den Sammelstellen des Vaterlandskaus, bei die ihm geschenktweise überlassenen ostpreussischen Goldlöden nicht immer eingeschmolzen, sondern zur

Verstärkung seiner Vorräte anderweitig zu veräußern gesucht hat. Lediglich in dem überaus seltenen Falle, daß einem bei den Goldankaufsstellen angebotenen Stück ein höher geschätzlicher, kultureller oder kunstwertiger Gegenstand ist, und in dem die Vermeidung eines derartigen wertvollen Kulturobjekts außer jedem Verhältnis zu der dadurch herbeigeführten Verletzung des Goldgesetzes der Reichsbank stehen würde, wird das Stück dem Veräußerer zum Rückkauf wieder zur Verfügung gestellt oder mit seiner Zustimmung an ein öffentliches Museum abgegeben. Die Veräußerung an private Sammler ist vollkommen ausgeschlossen.

Kapitelveröffentlichung. Wiehast wird Briefpapier in kleinen Mengen in Umhüllungen in den Handel gebracht. In der Papierherstellung wird darauf hingewirkt, daß jetzt solche Packungen zu Hunderttausenden ins Feld geführt werden. Ihr hervorsteckendes Merkmal ist irgend ein buntes Bild, auf Meer und Marine bezüglich. Oder ein Namenszug, ein Wappenschild, Oerführer, oder Wästen-Bildnis u. a. m., das den Umhüllend ziert, der das eigentliche Briefpapier enthält. Bei der gegenwärtigen Papiernot gewinnt diese Umhüllung eine Bedeutung, an der die Industrie nicht ohne Vorübergehen sollte. Wegen des Aufdrucks auf der Adressenseite des Umschlages ist dieser für den Käufer wertlos; er wird meist achtlos fortgeworfen, wenn der Inhalt verbraucht ist. Seinem ureigensten Zwecke aber ist er entgegen; der Aufdruck verhindert die Benutzung als Briefumschlag zu Versuchszwecken. Unfreiwillig ist das dortige verpackte Briefpapier in seinem Preise so geteilt, daß die Umhüllung in den Preis hineingerechnet ist, der Käufer also eine ihm wertvolle Sache mitbezahlt. Da sollte die Industrie dem Käufer jetzt entgegenkommen. Man schenke sich den bunten Aufdruck, zumal er selten besonderen Schmuck verleiht, alle die Aufschriften öftig undbruckt und sogar für Sammler der jetzt meist ungenutzten Verhüllklappe der Umhüllung. Dann wird der Käufer sehr erfreut sein, für sein Geld auch diesen Umschlag noch zur Briefverpackung benutzen zu können. Bei dem gegenwärtigen Feldpostbetrieb fällt die dadurch ersetzte Papiererparnis ganz gehörig ins Gewicht.

Wilhelmshaven, 9. Oktober.

Die Schlußarbeiten der Kaiserlichen Werft und der 65prozentigen Lohnzuschlag. Klage geführt wird von den Schlußarbeitern der Kaiserlichen Werft darüber, daß ihnen bereits seit Beginn des Krieges der auf die übrigen Arbeitergruppen gesetzte 65prozentige Lohnzuschlag nicht gewährt wird. Alle Bemühungen dieser Arbeitergruppe, den Zuschlag zu erhalten, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Welche unangenehmen Nebenwirkungen diese ungleiche Behandlung hervorruft, zeigt sich am besten darin, daß Werftarbeiter aus anderen Betriebszweigen der Kaiserlichen Werft, die dortem dort den Zuschlag erhalten haben, ihn nicht mehr bekommen, wenn sie bei der Schlußarbeit überwiegen werden. Die Schlußarbeiter sind nun der Meinung, daß ihnen, wie auch den übrigen Werftarbeitern, der 65prozentige Lohnzuschlag zukommen müßte, umso mehr, als gerade ihr Dienst besonders lang und anstrengend ist und sie infolge der Eigenart des Betriebes auf jede geregelte Pause während ihres Dienstes verzichten müssen. Letzterens leiden sie genau so wie alle anderen unter den sich immer mehr verschärfenden Leuerungsbedingungen, sobald schon aus diesem Grunde allein eine derartige ungleiche Behandlung als ein schweres Unrecht von ihnen empfunden wird. Sie sind der Ansicht, daß ihr Ruf an die Öffentlichkeit, der schon mandmal ihren berechtigten Klagen abgeholfen hat, wenn alle anderen Mittel erschöpft waren, auch diesmal nicht vergeblich sein wird; wess durch ihn auf abgekürztem Wege die wirklich zuständigen Instanzen durchdringend für von der Sache unterrichtet werden und dann oft nach Erfüllung findet, was allen anderen Bemühungen verlagt blieb.

Letzte Telegramme.

Neue englische Angriffe in Flandern.
(B. L. B.) Großes Hauptquartier, 9. Oktober. (Amtlich.)
Welcher Kriegsschauplatz:
Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen regnerischen Wetters stark zwischen dem Koutlosterwalde und Handwoerde. Abends löste der Feind seine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abteilungen ab. Nach unruhiger Nacht steigerte sich auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zum Trommelfeuer. Weiterwärts der Bahn Staden — Vorvinghe und nördlich der Straße Wenin — Auren brach englische Infanterie zum Angriff vor; der Kampf ist im Gange.
Bei den übrigen Armeen kam es — abgesehen von tagelänger anbauender Feuer nordöstlich von Souffions — nicht zu größeren Kampfhandlungen.
Auf dem östlichen Kriegsschauplatz nichts von Bedeutung.
Macedonische Front:
Lebhafte Tätigkeit südwestlich des Doiransees, im Nordostale, am Dobrupolje und im Cernogorje.
Der Erste Generalquartiermeister: v. Lubendorf.
19 500 Br.-R.-I. verfertigt.
(B. L. B.) Berlin, 9. Oktober. (Amtlich.) Im Sprenggebiet wurden durch unsere Unterseeboote wiederum 19 500 Brutto-Register-Tonnen verfertigt. Unter den verfertigten Schiffen befanden sich 7: bewaffnete englische Dampfer Joseph Chamberlain mit gemachter Ladung, sowie der russische bewaffnete Dampfer Australis, der Flachs geladen hatte.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.
(B. L. B.) Berlin, 9. Oktober. Welche Abnähmungen der Tätigkeit unserer Unterseeboote zum Opfer fallen, geht wiederum aus dem Bericht eines kürzlich in seinen Stützpunkt zurückgekehrten Unterseebootes hervor, das auf der Kreuzfahrt im Mittelmeer, soweit festgehalten werden konnte, u. a. verfertigt hat: 20 853 Tonnen Rohöl, 1000 Tonnen Öl, 1245 Tonnen Ralmöl, 4000 Tonnen Kohle, 1000 Tonnen Wein, 700 Tonnen Stützgut und 12 Lokomotiven. Alle diese Güter waren nach Frankreich und Italien bestimmt. Gest von für die Unterseeboote unserer Flotte mit Kohlenabgabe einen Satz von 15 Zentnern für eine Dreizimmerwohnung auszuwählen, so wär-

Schlachthofbericht vom Noni September. Geschlachtet wurden: 1057 Stück Großvieh, 222 Stück Jungvieh, 321 Mäuler, 720 Schweine, 892 Schafe, 19 Pferde. Auf der Freibank verkauft wurden: a) minderwertig (ungekocht) 6 Viertel Stück Großvieh, 1 Stück Jungvieh, 2 Schweine, 1 Schaf; b) befristet (gekocht) 2 Viertel Stück Großvieh, 2 Schweine. Verkauft wurden: 1 Stück Großvieh, 1 Stück Jungvieh, 1 Schwein. Außerdem wurden vertrieben: 26 Rinder, 3 Rindkälber, 16 Bräufelle, 201 Lamm, 2 Hering, 1 Hering, 1 Rindfleisch, 2 Kälber, 2 Färse, 4 Geflügel, 149 Lebern, 4 Milken, 1 Hiere, 6 Eier, 30 Kilogramm Fett.

Aus aller Welt.

Eine holländische Lägerin unter Spionageverdacht in Paris erschossen. Kata Kary, die holländische Lägerin, ist in Paris unter dem Verdacht der Spionage handtlich erschossen worden. Sie ist getötet worden, obgleich das gerichtliche Verfahren ihre Schuld nicht hat erwiesen können und obgleich sogar Pariser Richter für sie gesprochen haben. Sie ist getötet worden von der deutschen Regierung, die einst Mih Casell, die englische Spionin, die ihr Vergehen eingestanden hat, zur Wärtin stempelte und ihre Hinrichtung der deutschen Nation als einen Akt der unerträglichsten Barbarei zum Vorwurf gemacht hat.

Explosion in einer englischen Munitionsfabrik. Aus London meldet ein indirekter Telegraph: In einer Munitionsfabrik bei Liverpool, wo 6000 Arbeiter beschäftigt sind, ist vor einigen Tagen eine Miergebombe beim Füllen explodiert. Ein Drittel der Fabrik ist dadurch vernichtet worden. Da sich das Unglück ereignete, während die Fabrik im vollen Betrieb war, ist die Anzahl der Verwundeten so groß, daß mehrere Berichte in der Presse verboten wurden. 700 Personen sind tot oder schwer oder leicht verwundet. Die Fabrik mußte auf unbestimmte Zeit geschlossen werden.

Die Opfer des Taifuns in Japan. Die Räte der Opfer des Taifuns nicht mehr. Der Schaden ist so groß, daß vorläufig nur eine ungefähre Schätzung möglich ist. Der Sachschaden beträgt vermutlich über 100 Millionen Yen. In der Kaiserlich Tokio allein gingen über 500 Menschen um; 3000 Häuser sind zerstört, 150 000 Häuser überflutet, 200 000 Personen obdachlos. Mehrere Dörfer in der Umgebung sind vollständig zerstört. Im Sumarum wurden 300 Leichen gefunden. 300 Einwohner einer kleinen Insel bei Uruppu wurden mit der Aniel vom Meere verschlungen. Hilfsmaßnahmen sind getroffen.

Bücherschau.

Von der Neuen Zeit ist schon das 1. Heft vom 1. Band des 26. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir hervor: Neue Jahrgang — neue Lebensanschauung. — Vom Bürgerkrieg. — Von der Technik. — Von der Sozialpolitik. — Von Hermann Müller (Heinrich). — Ökonomie und Zeit! — Von August Winnig. — Aus der internationalen sozialistischen Bewegung: Verjüngung. — Literarische Rundschau: Wilhelm Schöber, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909. — Dr. R. Franz, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910 bis 1913. — Dr. Wilhelm Braun, Mittel- und kleine Vorkriegszeiten. — Professor Dr. S. Berger, Die Zukunft des deutschen Arbeiterbundes. — Notizen: Die Entwicklung des amerikanischen Handels.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportageure zum Preis von 20 Pf. 300 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Wettervorhersage.

Mittwoch: Veränderung, kühl, Niederschläge.

Von die vertrieften 417 060 Zentner Rohöl für 27 804 Dreizimmerwohnungen hingenommen haben. Von der vertrieften Kohlemenge von 4000 Tonnen hätten bei einem Tageslohn von 5 Pfund für ein Pferd 53 333 Pferde einen ganzen Monat lang gefüttert werden können.

Von den bulgarischen Fronten.

(B. L. B.) Sofia, 8. Oktober. (Amtlicher Bericht.)
Macedonische Front: In verdrängten Stellen der Front Störung, etwas lebhafter auf beiden Seiten des Doiransees. Mehrere Erdstößeabteilungen des Feindes wurden durch Feuer verjagt. — **Kumaniische Front:** Bei Bristawa Artilleriefeuer. Ostlich Jaccova Gewehrfeuer.

Lloyd George sagt politische Reden ab.

(B. L. B.) Berlin, 9. Oktober. Lloyd George sagte keine im letzten Monat in den Oberkammern in Wandelaar angesagte große politische Rede telegraphisch ab. Das englische Blatt, das dies mitteilt, spricht die Erwartung aus, daß Lloyd George auch weiterhin hinwegzweigen wolle und daß die Antwort Enalands auf die Note des Papstes immerhin hinsichtlich auf eine Welpredung mit dem Feinde lösen werde.

v. Tirpitz demittiert.

(B. L. B.) Berlin, 9. Oktober. (Morgensblätter.) Großadmiral von Tirpitz richtete an die Kaiserin ein Telegramm, in dem er feststellt, daß die Mitternacht, er hätte vor dem 1. August die Unterwerfung Enalands verheißt, durchaus umkehrbar sei.

Unterwerfung in einem holländischen Vobereit.

(B. L. B.) Amsterdam, 9. Oktober. Aus dem Bobort Sandport wird gemeldet, daß ein heftiger Sturm großen Schaden angerichtet hat. Schiern früh explodierte eine bei Nist angelegte Mine, wodurch der Schaden noch vermehrt wurde.

Hierzu eine Beilage.

Nennenswertester Redakteur: Oskar Hünlich. — Verlag von Paul Dug. — Rotationsdruck von Paul Dug & Co. in Wülzingen.

Reichstag.

128. Sitzung. Montag, den 8. Oktober 1917, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratlich: Dr. Hefferich.
Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen...

Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. v. Payer (SP.): Ich beantrage unter Uebergehung der folgenden Tagesordnungs-Punkte jetzt sofort die beiden letzten Punkte vorzunehmen...

Abg. Graf Westarp (L.):

Meine Freunde widersprechen diesem Antrag. Er ist das Resultat internationaler Beziehungen, zu denen meine Freunde nicht gezogen waren...

Abg. Hasse (L. Soc.):

Mit der Voranstellung der Beratung des Nachtragsetats sind wir einverstanden. Aber darin hat Graf Westarp recht: die Verhältnisse sind völlig klar...

Abg. Ebert (Soz.):

Wenn Graf Westarp die Vertagung mit Rücksicht auf die durch die Verhandlungen vom Sonnabend geschaffene Konflikt-Situation beantragt, so ist zu bemerken, daß gerade er und seine Freunde die Einigungen hervorgerufen haben...

partei verwendet werden. Diese Stellung können wir nicht im Namen übernehmen. Wir haben nicht die Absicht, Herrn Dr. Hefferich und seinen Vertretern der Regierung im Ausmaß Lebenswürdigkeiten zu sagen...

Abg. Westarp (D. Fr.): Wie stimmen der Rücktrittswunsch nicht zu dem einseitigen Zusammenbruch zwischen dem Nachtragsetat und der Debatte der Interpellation...

Der Antrag auf Voranstellung der Beratung des Nachtragsetats wird angenommen und hierauf der Antrag auf Zurückverweisung der Tagesordnung...

Die Entlohnung der Frau.

Die von altersher geübte Gewohnheit, die Hausarbeit als das urreinste Gebiet der Frau zu betrachten und diese Arbeit, da sie lediglich eine erhaltende ist...

Trotzdem unter dem Zwange der Kriegszeit die Berufsarbeit für jede nur irgend aus dem Hause abkömmliche Frau als vaterländische Pflicht bezeichnet wird...

Das alte Vorurteil des geringeren Wertes der Frauenarbeit, die Annahme, daß es sich für die Frauen und Mädchen nicht um die Erwerbung ihres eigenen Lebensunterhaltes...

Viele Menschen glaubten vor dem Krieg, daß die Mehrzahl der arbeitenden Frauen ledig seien. Diese Annahme war irrig, das haben die Berufsverhältnisse in Deutschland bewiesen...

Frauen, trotzdem sie ledig waren, für Angehörige, Eltern, Geschwister oder Kinder zu sorgen hatten, das wurde bei diesen Berufsverhältnissen nicht festgestellt...

Wohl sind während der Kriegszeit, wie alle anderen Kreise, auch die Frauenlöhne in die Höhe gegangen. Eine Erhebung, die das kaiserliche statistische Amt angestellt hat...

Bedarf es da noch vieler Worte, um nachzuweisen, daß es so nicht weiter gehen kann, daß hier etwas gefehlt muß, um aus dieser Not herauszukommen...

Feuilleton.

Es sauft das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben. Von Dorothy Richardson.

Gingig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Varren.
10) Flüchtig aber wurde es totenstill, und eine fröhliche Stimme rief: 'Bitte, was soll das bedeuten, meine Damen?'

Und was ich können noch lazen wollte: Sehen Sie zu, daß Sie sich keine Feindinnen unter Ihren Kollegen machen...

werden sollte, die flüchtig aber sich zu bestimmen hatte.

'Aber! Hier ist ein Mädchen, das lernen will!' rief Miss Price mit durchdringender Stimme.
'Nur! Wo ist Stinker?' - da sind Sie ja, sagte sie zu einem jungen Mädchen...

'Danach aims sie weiter, während ich einem regelrechten Kreuzverhör unterworfen wurde.
'Daben Sie früher schon in einer Fabrik gearbeitet?' fragte Ainker, eine ganz nette Frau von 28 bis 30 Jahren...

'Welchen Eindruck diese meine Erklärung auf sie machte, weiß ich nicht; sie gab mir nur durch ein Zeichen zu verstehen, daß ich ihr folgen solle.

In dem Dämmerlicht, welches durch die über und über mit Schmutz bedeckten Straßen hereinfiel, leuchteten die Gesichter der Arbeiter...

'Komm Karline, komm Karline, komm...' hab eine junge Arbeiterin zu sagen an, als sie meiner ansichtig ward...

Endlich hatten wir die gefürchtete Radbarriere der Maschinen hinter uns und kamen zu den Tischarbeiterinnen.

'Ich war zuerst über ihre Lebenswürdigkeit ganz überreid; sie half mir sogar, meinen Hut und mein Ueberzeug abzuliegen...

'Du hast ganz recht, Anna, ich sag dir nur ruhig die Krallen in eine jede Reue, die kommt! rief eine junge Arbeiterin...

Sie schloß den ganzen Tag und liebte es besonders, ihre Freundin Anna zu toipen, aber bei obdem arbeitete sie eifrig weiter...

(Fortsetzung folgt.)

